

Zur Taktik in Preußen

Von Wilhelm Koenen, M. d. L.

Die Presse der Bourgeoisie und ihrer Agenten, der SPD und NSDAP, treibt seit Wochen Ränkespiele darüber, wie sich die SPD im Preussischen Landtag verhalten wird. Für die Ausbeuter und ihre Agenten gilt dabei die Befehlsgebung der Ministerposten als entscheidend. Außer der SPD stehen eben alle auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Jede dieser um die Regierungspostitionen kämpfenden Parteien glaubt, die wirksamsten Rezepte für die Rettung der bankrotten Wirtschaftsordnung auf Kosten der Werktätigen anbieten zu können.

Zwischen den beiden Flügelparteien der Regierungskombinationen, der SPD und der NSDAP, bestehen über die Formen und Methoden der diktatorischen Herrschaft, über das Tempo der Faschisierung zwar Meinungsverschiedenheiten, aber nur in Detailsfragen. Im Grunde erstreben beide Fraktionen die Rettung der kapitalistischen Wirtschaft. Beide sind entschlossen, rücksichtslos die proletarische Revolution zu bekämpfen.

Für das herrschende Finanzkapital, das im Preussischen Landtag teilweise noch durch die Deutschnationalen, aber führend und ausschlaggebend durch das Zentrum vertreten wird, ist jetzt bei der Bildung der Regierung die Hauptfrage, welche Herrschaftsmethoden in der nächsten Zeit anzuwenden sind. Mit Massenbetrug und Terror müssen die verelendeten Arbeiter und die rebellierenden Mittelschichten gespalten, verwirrt und niedergehalten werden, wenn der kapitalistische Profit weiter, wenn auch in beschränktem Umfange, gesichert sein soll. Die Preußenwahlen haben auf Grund der verschärften Krise es noch schwieriger gemacht, die kapitalistische Diktatur demokratisch zu verhüllen. Andererseits zeugten aber die Wahlergebnisse der letzten Monate noch von großen parlamentarischen Illusionen, von der Hoffnung der verelendeten Massen, durch den Stimmzettel die Situation ändern zu können. Sowohl die Millionen Stimmengängen für SPD und Zentrum als auch die Millionen-Schwärzung der ungeheuren Mehrheit der bürgerlichen Wählermassen zu den Nazis beweisen das.

Auf der Grundlage dieser Massenillusionen versuchen nun die Regierungsparteien und jene, die es werden wollen, durch großzügige Manöver den Anschein zu erwecken, als ob hier wirklich feindliche Kräfte miteinander kämpfen. Wir Kommunisten werden alles daran setzen, um diese Illusionen zu zerstören. Wir werden den Massen zu Bewusstsein bringen, daß die Regierungskombi in Preußen ein Verwirrungsmanöver der Kapitalisten ist. Welche Regierung immer zustande kommen mag, es wird eine Regierung zur Rettung der kapitalistischen Profitwirtschaft sein, die infolgedessen nicht Erleichterungen für die verelendeten Massen, sondern neue Verschlechterungen bringen wird. Die SPD-Koalition, obwohl sie über eine „demokratische“ Mehrheit verfügt, hat schon die Faschisierung betrieben; durch das Wahlergebnis mit der großen Nazi-Fraktion wird dieser Prozeß noch beschleunigt. Noch rascher fallen die demokratischen Illusionen und noch deutlicher wird es, wie sich aus der bürgerlichen Demokratie im Wechselspiel zwischen demokratischen und faschistischen Regierungsmethoden die faschistische Diktatur entwickelt.

Dieser reaktionäre Prozeß wird nicht durch Parlamentsabstimmungen, sondern nur durch den direkten Kampf der Massen in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Wohnrevieren und auf dem Dorf durchkreuzt, gehemmt und schließlich zerplatzen.

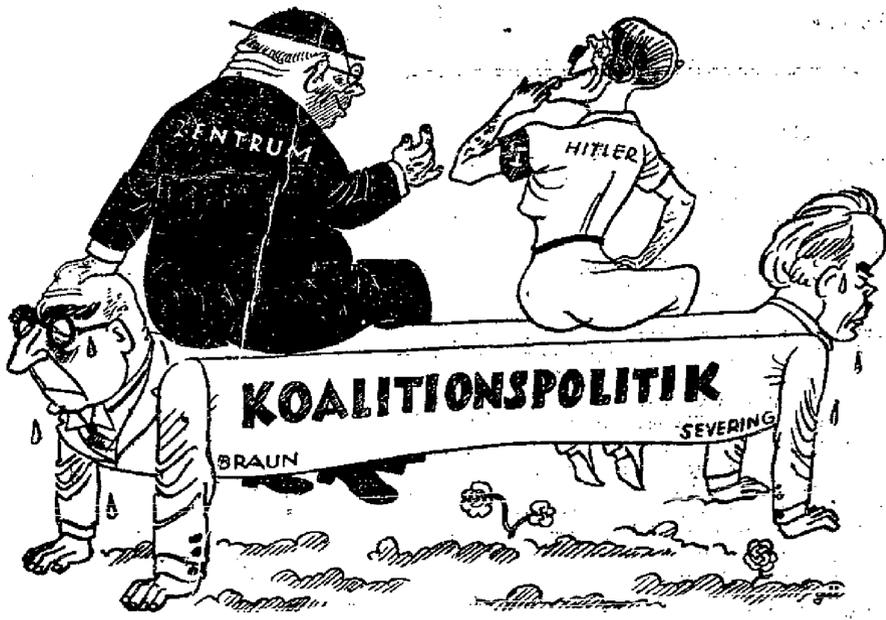
Nur eine Welle von Streiks und Erwerbslosenkämpfen, von Miet- und Bauernaktionen wird die regierenden Gewalten zum Zurückweichen zwingen. Die Mobilisierung für solche Kämpfe, die wirksam vorbereiten und zu führen, das ist die Kampfaufgabe der Kommunisten. In diesem Sinne haben wir dem neuen Preussischen Landtag bereits scharfe Anträge für alle Schichten der Werktätigen unterbreitet. Die Stellungnahme der sich noch auf wertfällige Wählermassen stützenden Parteien zu diesen unseren scharfen Anträgen, die Demassierung und Entlarvung ihres Massenbetruges, die agitatorische Aufstellung der wertfälligen Massen auch von der Parlamentstrübe aus, das ist für uns entscheidend.

Wir Kommunisten sind die einzige, selbständige proletarische Klassenkraft gegenüber allen anderen kapitalistisch orientierten Parteien des Landtages. Nur wir werden ausschließlich im proletarischen Klasseninteresse ohne jede Futtertischnehmlichkeit unsere jeweilige Stellungnahme und Abstimmung vorlegen. Wir haben deshalb in der Regierungsfrage nur das eine Interesse, jede Regierungsbildung zu erschweren, bestehende Meinungsverschiedenheiten zu verschärfen, die Komplikationen zu vermehren und überhaupt die Schaffung einer irgendwie gefestigten, konzentrierten kapitalistischen Regierungsgewalt möglichst mit Hilfe von Massenaktionen zu durchkreuzen. Eine wirkliche Erschütterung und Vernichtung der kapitalistischen Regierungsgewalt wird aber niemals parlamentarisch, sondern nur durch außerparlamentarische Massenaktionen erfolgen. Als einzige selbständige Klassenkraft des Proletariats werden wir parlamentarisch eine völlig selbständige Haltung einnehmen. Die kommunistische Fraktion wird nicht gestatten, daß ihre Wählermassen durch Parteienkombinationen der Weimarer Koalition oder der Harzburger Front ausgehöhlt werden. Die Kommunisten werden vielmehr eine solche Taktik betreiben, daß sie die Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Fraktionen des Faschismus jeweils unter entsprechendem Massenandrang für proletarische Interessen ausnützen. Die „feindlichen Brüder“ werden nicht uns ausnützen, sondern wir sie!

Die Weimarer Koalitionbrüder haben alleamt sich schon für die Regierungsfähigkeit der Nazis ausgesprochen, so die Severing und Genossen, so die Staatspartei mit dem Beispiel Württembergs und erst recht das Zentrum, das nur noch die Kanalisierung der Naziüberfremdung will, um die Führung behaupten zu können. Die Kommunisten werden mit keiner irgendwelchen gefälschten geschäftsordnungsmäßigen Abstimmung oder Wahl diesen Weimarer Parteien die Verantwortung für ihre Verbrüderung mit den Nazis erleichtern. Für Naziminister in Preußen, für die weitere Faschisierung werden die Weimarer Parteien allein vor den Massen die Verantwortung tragen müssen.

Wir wollen Hitler schlagen. Wir wollen dem Nationalsozialismus den Weg zur Macht verlegen. Deshalb werden wir alle Maßnahmen einleiten, jeden Schritt tun und jedes Mittel anwenden, um nach Möglichkeit eine Übernahme der Regierung durch die nationalsozialistische Terrororganisation der Bourgeoisie zu verhindern. Das ist selbstverständliche politische Konsequenz.

Das „Heranlassen“ der Nazis war nie die Politik der SPD. Dieses „Heranlassen“ der Nazis war und ist die Politik der Wei-



„Madel, ruck, ruck, ruck an meine grüne Seite ...“

Antkriegsdemonstration gegen Berliner Japanische Botschaft

Steinwürfe gegen das Botschaftsgebäude — Rufe der Demonstranten: „Hände weg von China! Nieder mit dem japanischen Imperialismus! Nieder mit dem „Schwarzen Drachen“!

Nach den Berichten der bürgerlichen Presse kam es gestern vor der Berliner Japanischen Botschaft in der Tiergartenstraße 3 zu Kundgebungen gegen den räuberischen japanischen Imperialismus und für die Verteidigung der Sowjetunion.

Die Demonstranten verlangten den Botschaftler zu sprechen, und als dieser nicht erschien, riefen sie im Sprechchor antijapanische Losungen. Mehrere ins Gebäude geschleuderte Plastersteine sollen die großen Spiegelscheiben des großen Botschaftszimmers zertrümmert haben.

Bei Erscheinen eines starken Polizeiaufgebots in Ueberjallwagen waren die Demonstranten bereits auseinandergegangen. Dennoch schritt die Polizei gegen Arbeiterpassanten ein und verhaftete schließlich im Tiergarten einen Proleten unter dem Vorwand, daß er sich an der Antikriegs-Lundgebung beteiligt habe.

Die gestrige bürgerliche Abendpresse berichtet in großer Aufmachung über diese Demonstration vor der japanischen Bot-

schaft. Das Polizeiblatt „Tempo“ schreibt u. a.: „Die politische Spannung, die zwischen Rußland und Japan besteht, hat heute Mittag in Berlin zu einer kommunistischen Demonstration gegen Japans Botschaft geführt.“ Die Hugenbergische „Nachtausgabe“ schätzt die Teilnehmerzahl auf 200 Demonstranten, die sie als „Kommunisten“ bezeichnet. Wir entnehmen ihrem ausführlichen Bericht: Die Kommunisten hatten sich wiederholt vor der Botschaft versammelt und Aushänge an den Säulen angebracht, in denen sie damit drohten, daß sie die Botschaft stürmen wollen. Heute vormittag hatten sich, anscheinend von zwei in der Nähe befindlichen Stempelstellen, jugendliche Kommunisten auf eine gemeinsame Parole an dem Eingang in der Tiergartenstraße versammelt. Sie marschierten in geschlossenem Zuge durch den Garten zum Sitz der japanischen Botschaft, wo sie Schmährufe auf Japan und den japanischen Botschaftler ausbrachten. Ein Sprechchor rief bekräftig: „Hände weg von China! Nieder mit dem japanischen Imperialismus!“

Kampfbund-Ortsgruppe verboten

Schwiebus, 21. Mai. (Eig. Meldung.) Bei einer Hausdurchsuchung im Kampfbundbüro in Liebenau bei Schwiebus erbeutete die Polizei Abzeichen, Koppel und Wimpel des Kampfbundes gegen den Faschismus. Daraufhin hat der „demokratische“ Landrat des Kreises Jülichau-Schwiebus den Kampfbund für aufgelöst erklärt, da er eine Fortführung des NSB darstelle. Die kommunistische Landtagsfraktion hat sofort Schritte gegen den übereifrigen Landrat unternommen, der aussehend glaubt, daß Schwiebus eine autonome Republik sei.

Das Vorgehen des „demokratischen“ Landrats von Schwiebus muß die Arbeiterschaft zur höchsten Wachsamkeit alarmieren. An dem geschlossenen Kampfwillen der antijapanischen Arbeitermassen werden die reaktionären Bestrebungen, die Arbeiterorganisationen in die Illegalität zu jagen, scheitern.

marer Koalitionsparteien einschließlich der SPD, die wir schon seit Jahren als die Begleiterin des Faschismus brandmarkten. Das „Abwirtschaftenlassen“, diese Fortsetzung der Politik des kleineren Übels, ist verbrecherische SPD-Politik. Wir warnen auch die Massen vor dem Schwind, als ob irgendwelche formellen Bestimmungen dafür entscheidend wären, wie in Preußen regiert wird. Es ist eine politische Entscheidung, ob ein Faschistenregiment offen errichtet werden soll oder nicht. Diese Entscheidung wird dem Zentrum und der SPD nicht mit geschäftsordnungsmäßigen „Vergewaltigungen“ erleichtert und entschuldigt werden. Sie müssen die offene politische Verantwortung für jede weitere Faschisierung und für den Betrug an den Wählermassen übernehmen. Bisher hat das Zentrum als Beauftragter des Finanzkapitals es noch für zweckmäßig gehalten, unter stärkster Stützung auf die Sozialdemokratie zu versuchen, die kapitalistische Profitwirtschaft über die Krise hinwegzureden. Die Angst, daß ein Faschistenkabinett die Arbeitermassen zum geschlossenen, einheitlichen Handeln zusammenschweißt, hat der Zentrumsführer Brüning in seinen Reichstagsreden wiederholt zum Ausdruck gebracht. Die Angst vor der proletarischen Einheitsfront, vor einem Massenstreik, wie er 1920 und 1923 zum Sturz der Kapp und Cuno geführt hat, davor zittern die heutigen Machthaber in Deutschland.

Das Proletariat muß aber seine kämpfende Einheitsfront gegen jede kapitalistische Regierung, mag sie von Strömer oder Braun geführt sein, wenden. Regierungsgewaltigkeiten der SPD, können für Kommunisten nur ein Grund mehr sein, den Kampf gegen diese kapitalistische Regierungsgewalt in den Massen mit aller Gewalt zu führen. Jede Schonung oder Abdämpfung des Massenkampfes wäre nichts anderes als der sozialdemokratische Massenbetrug. Die Regierungsgewalt, die am Ruder ist, ist das jeweilige Machtmittel der herrschenden Klasse zur Unterdrückung der ausgebeuteten Klasse, zum Nutzen der Bestehenden. Die Maßnahmen der jeweils herrschenden Regierung zu durchkreuzen, ihre ausbeuterische Politik nicht mit parlamentarischer Geschäftskritik, sondern mit allen Mitteln des Klassenkampfes zurückzuschlagen, ist die Aufgabe der Kommunisten. Braun und Severing sind solange

Neue Notverordnung fertiggestellt

Die Brüningregierung teilte gestern abend amtlich mit, daß die neue Notverordnung fertiggestellt sei. Außer den von uns an anderer Stelle behandelten Fragen wird die neue Notverordnung einen „Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes“ enthalten, das heißt, einen weiteren Schritt zur Zwangsarbeitspflicht bringen. Einzelheiten werden von der Regierung nicht mitgeteilt, da in der nächsten Woche erst die letzten Abrechnungen zwischen Brüning und Hindenburg über die neue Notverordnung stattfinden.

Ein geglückter Ozeanflug

London, 21. Mai. Die amerikanische Fliegerin Earhart ist heute nachmittag in Londonderry in Irland glatt gelandet, nachdem sie gestern abend um 10,50 Uhr in Amerika zum Ozeanflug aufgestiegen war. Die Fliegerin hat die Ozeanüberquerung ohne Begleitung durchgeführt.

Minister, wie es den Finanzkapitalisten in Deutschland zur Sicherung ihrer Profitwirtschaft zweckmäßig erscheint. Jede Regierung wird solange bestehen, wie sie die höchste Gewähr für Sicherung der Profite bietet. Eine grundlegende Veränderung ist nur, was die Kommunisten erstreben: die Herrschaft der Arbeiterklasse selbst, die Errichtung der Arbeitermacht in einem freien sozialistischen Rätebundesland.

Die Politik der Kommunisten wird also in jeder Situation sein, die Arbeiterinteressen zu verteidigen und die Bourgeoisie mit ihren beiden faschistischen Flügeln, der SPD und der NSDAP, dadurch zu schlagen, daß sie keinem von beiden die Verantwortung für ihre verätherische Politik erleichtert, sondern sie dazu zwingt, die Gemeinamkeit ihrer Politik zur Rettung der Bourgeoisie vor den Massen selbst zu erklären. Wenn bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen die scharfen Anträge der Kommunisten weder durch die Weimarer Koalition noch durch die Nazis angenommen werden, so wird gerade bei diesen einfachen Mehrheitsverhältnissen die organisatorische Aufstellung zur Zerstückelung der sozialen und nationalen Demagogie unter der Führung der Arbeiterklasse so wirksam sein.

Selten ist die Arbeiteröffentlichkeit so aufmerksam gemacht worden auf die Bedeutung einer kommunistischen Parlamentarierfraktion. Um so mehr wird sich diese Fraktion ihrer vollen Verantwortung bewußt sein, um so mehr wird sie alles daransetzen, um alle Manöver der übrigen Parteien an der festen selbständigen Klassenpolitik der Kommunisten scheitern zu lassen.

Aber die Partei muß gleichzeitig überall den Massen zum Bewußtsein führen, daß Erfolge im parlamentarischen Kampf nur in dem Maße möglich sind, als es uns gelingt, die Massen wirklich zu Aktiven zu führen. Das ist und bleibt das einzige, vor dem die Bourgeoisie Angst hat.

Die Massenmobilisierung zu Erwerbslosenaktionen und Streiks, gesteigert zum politischen Massenstreik, der den revolutionären proletarischen Ausweg aus der Krise bahnen hilft, das ist das Hauptziel der Kommunisten auch in den Parlamenten.

Nummer
Am
Konferenz
der Ko
wegung,
Z. H. u
waren i
Abbau
Gehalts
Die
Nach ei
zu den
organisi
Krieg
Ein
die Rol
tionsstü
und Li
heutige
tagt in
Lu
Ya Ju
nomme
behaft
Lohnl
eine b
Si
die M
Arbeit
bau i
Lohnl
nung.
Der
Di
Iosenu
mit de
gleiche
plant
ermerl
werbs
W
wie i
für di
flügeln
dürfer
gehen
gitar
I am
S
werbs
herau
sieren
lung
I
Kleid
nügen
erklär
kräfti
Maff
Unte
Org
aber
beru
stehe
eigen
gesch
Ja
jen
Nie
und
stam
am
Vor
wir
wir
wa
eing
umf
elen
Sch
Wf
Wf
Ze
lofe
nad
ih
So
ist
ber
ab
au
ha
Ra